

Auch in Zukunft:

Das Engagement der AVES bleibt wichtig

Nach dem überaus erfolgreichen Jahr 2000 gilt es bereits wieder ernst. In diesem Jahr kommt das «Elektrizitätsmarktgesetz» (Referendum) und die Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» zur Abstimmung. Zu beiden Vorlagen haben wir uns verschiedentlich geäußert. Das Engagement der AVES bleibt auch in diesen Fragen sehr wichtig.

Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)

Die Forderungen der AVES sind weitgehend erfüllt, obwohl wir uns beim einen oder andern Punkt bessere Lösungen hätten vorstellen können. Auch bei der schrittweisen Öffnung des Strommarktes erwartet die AVES nach wie vor eine möglichst CO₂-freie, eigenständige und sichere Stromversorgung in unserem Lande. Darüber hinaus erwarten wir etwas günstigere Strompreise vor allem in der Wirtschaft und lehnen unnötigen Staatsinterventionismus ab. Das EMG kommt voraussichtlich im Dezember 2001 zur Abstimmung.

Volksinitiative «Energie statt Arbeit besteuern»

Obwohl sich die Stimmbürger am 24. September 2000 gegen Energieabgaben ausgesprochen haben, halten die Initianten an ihrem Begehren fest. Die Volksinitiative, über die wir im Herbst oder Winter dieses Jahres abstimmen, kommt aus dem Lager der Grünen, die damit auch die

Wasserkraft steuerlich belasten wollen. Das lehnt die AVES vehement ab. Negativ ins Gewicht fällt auch, dass die vorgesehene Energiesteuer der Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben (Früh-pensionierung) dienen würde. Die auch von der AVES stets geforderte Fiskal- und Staatsquotenneutralität wäre damit nicht gewährleistet.

Kernenergiegesetz (Totalrevision Atomgesetzgebung)

In diesem und im nächsten Jahr befasst sich das Parlament auch mit diesem Gesetz. Die AVES wird auch diese Arbeiten aufmerksam begleiten; das Kernenergiegesetz ist ja als indirekter Gegenvorschlag zu den hängigen Volksinitiativen «Moratorium plus» und «Strom ohne Atom» zu betrachten (Abstimmung wahrscheinlich 2002).

Gesuch Sondierstellen Wellenberg

Die Volksabstimmung wird das Nidwaldner Volk im Frühjahr 2002 beschäftigen. Der Sondierstellen soll Klarheit verschaffen, ob sich der Wellenberg für die Endlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen eignet. Besonders für dieses Thema gilt: Nur wer gut informiert ist, kann verantwortungsvoll entscheiden. Darum ist auch die AVES Nidwalden im Vorfeld dieser Abstimmung wieder speziell gefordert. ■

Zwängereien von links ohne Ende:

Milliarden stünden auf dem Spiel, aber auch Umwelt und Sicherheit.

Die Volksinitiative «Energie statt Arbeit besteuern», mit der wir uns noch dieses Jahr beschäftigen werden, hat noch nicht den von gewissen Kreisen immer wieder herbeigewünschten Kernenergieausstieg zum Ziele, dafür wieder einmal die Besteuerung von Energieträgern, auch den Strom aus schweizerischen Wasserkraftwerken. Nach der klaren Absage der Stimmbürger vom September letzten Jahres an jede Art von Energieabgaben wird auch diese Volksinitiative der Grünen einen sehr schweren Stand haben, zumal die Initianten auch die einheimische Wasserkraft zusätzlich belasten wollen. ■

Größeres Geschütz sind dafür die beiden Initiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium plus», die höchstwahrscheinlich im Jahre 2002 zur Abstimmung gelangen. Beide Volksbegehren aus dem bekannten Lager haben den Ausstieg aus der Kernenergie zum Ziele. Wenn man weiss, dass unsere Stromversorgung zu 40 Prozent aus Atomstrom besteht, sind das abstruse Begehren; Alternativideen, die nicht einmal den Gebrüdern Grimm als Stoff genügen würden. Und gefährlich sind sie obendrein, im doppelten Sinne! Denn jedermann in unserem Lande weiss inzwischen, dass diese 40 Prozent Strom aus Kernenergie niemals mit Strom aus Sonnen- oder Windenergie zu ersetzen sind.

Selbst wenn das technisch möglich wäre, müssten zu jeder Kilowattstunde Sonnen- oder Windstrom neun Kilowattstunden Strom aus Gas oder Öl

produziert werden! Ganz abgesehen von den «Umbaukosten» von über 40 Milliarden Franken, die ein solcher Versuch überhaupt kosten würde (gemäss Studie des Bremer Energie-Institutes). ■

Diese unrealistischen Ausstiegsszenarien führten zu einem kolossalen Leerlauf mit wenig Nutzen, aber viel Schaden. Denn das leuchtet ein: Die Liberalisierung des europäischen Strommarktes macht nicht Halt vor der Schweizer Grenze; unser Land würde unweigerlich zur Strompreisinsel, und das im schlechtesten Sinne. Und das Schlimmste: Die Ausstiegsideen der AKW-Gegner versagen total in Sachen Umweltbelastung. Und dies jetzt, wo wir daran gehen sollten, die CO₂-Belastung zu reduzieren. ■

Die 40 Milliarden Franken, die zum allergrössten Teil zu einer gigantischen Fehlinvestition würden, vermöchten gerade mal die Leistung des Kernkraftwerkes Mühleberg zu ersetzen. Die Kernkraftwerke Beznau, Gösgen und Leibstadt müssten also durch Gas und Öl ersetzt werden. Was für ein Unsinn aus der Küche der selbsternannten links-grünen Hüter unserer Umwelt. Die Folgerung der schweizerischen Kernkraftwerkbetreiber zu dieser Geschichte ist darum auch jene der AVES: Wer Atomstrom mit Sonnen- oder Windenergie ersetzen will, landet bei Gas und Öl, also bei mehr CO₂! Leider!

Bruno Fäh

**Delegiertenversammlung AVES Schweiz:
 Samstag, 16. Juni 2001, in Olten
 und bei den Kraftwerkenanlagen Ruppoldingen.
 Die Regionalgruppen erhalten rechtzeitig
 die entsprechenden Unterlagen.**

Energiapolitische Entscheide des Bundesrates:

Die AVES ist mit dem Bundesrat vorerst zufrieden

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz (AVES) begrüsst den Entscheid des Bundesrates, die zwei Ausstiegsinitiativen der AKW-Gegner zur Ablehnung zu empfehlen. Ebenso positiv bewertet die AVES das Festhalten des Bundesrates an der Option Kernenergie im zukünftigen Kernenergiegesetz (KEG); besonders aber begrüsst die AVES den Verzicht auf eine zeitliche Beschränkung des Betriebs der Kernkraftwerke, solange deren Sicherheit gewährleistet ist. Nicht nachvollziehbar ist für die AVES hingegen das vom Bundesrat befürwortete Verbot der Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente.

Die AVES betrachtet das Kernenergiegesetz (KEG) grundsätzlich als mehrheitsfähigen Gegenvorschlag zu den äusserst gefährlichen Atom-Ausstiegsinitiativen. Allerdings müssen das Verbot der Wiederaufberei-

tung und die Vorschrift über die Entsorgung der radioaktiven Abfälle und deren Finanzierung im Rahmen der parlamentarischen Beratung des KEG nochmals mit kühlem Verstand überprüft werden.

Beide Atominitiativen werden von der AVES deshalb als gefährlich betrachtet, weil sie sowohl ökologisch als auch ökonomisch zu unakzeptablen Belastungen führen. Einerseits wird die Reduktion des CO₂-Ausstosses durch beide Initiativen in Frage gestellt respektive in der politischen Realität wohl gänzlich verunmöglicht. Andererseits werden die Steuerzahler durch die zwei unsinnigen Atominitiativen mit horrenden Ausstiegskosten in zweistelliger Milliardenhöhe zur Kasse gebeten. Der Bundesrat war deshalb gut beraten, diese Atominitiativen abzulehnen.

(Communiqué der AVES vom 28. Februar 2001)

Bundesamt für Energie:

Walter Steinmann folgt auf Eduard Kiener

Der Solothurner Walter Steinmann ist vom Bundesrat als neuer Direktor des Bundesamtes für Energie gewählt worden. Der 50-jährige Ökonom folgt auf Eduard Kiener, der diesem Bundesamt, einer wichtigen Schlüsselstelle der schweizerischen Energiepolitik, 23 Jahre vorgestanden hatte. Im Gegensatz zu Eduard Kiener, der klar als Mann der Kernenergie galt, ist Walter Steinmann gegenüber der Kernenergie kritisch eingestellt und hat das auch während seiner Zeit als Gemeindepräsident von Gösigen bewiesen. Damals hatte er sich auch klar gegen das Projekt des KKW Gösigen gewandt. Doch laut eigenen Aussagen steht auch er hinter der bundesrätlichen Politik, wonach die schweizerischen Kernkraftwerke so lange betrieben werden sollen, wie ihre Sicherheit gewährleistet werden könne. Für ihn sei

eine «Renaissance der Kernenergie nicht tabu», wenn die Technologie umweltfreundlich und wirtschaftlich sei. Schliesslich fordert auch er eine schweizerische Lösung bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle. Nach diesen grundsätzlichen positiven Bekenntnissen lässt der Sozialdemokrat in sein wahres Innere blicken: «Wenn das Gespräch nicht zum Ziele führt, müssen Verträge aufgekündigt und andere Massnahmen wie die CO₂-Abgabe eingeleitet werden.» Trotz klarem Nein des Schweizer Volkes zu Energieabgaben will Steinmann in etwa fünf Jahren auf diese Frage zurückkommen. Wie er zum Elektrizitätsmarktgesetz steht (gehört auch zur Position des Bundesrates) und vor allem zum Referendum seiner Parteikollegen dazu, das wird uns der neue BfE-Direktor sicher bald einmal sagen. ■

AVES Winterthur:

MINERGIE – ein System mit Zukunft?

(Kra) Die Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz (AVES) Sektion Winterthur, lud kürzlich die Herren Felix Schmid, Fachjournalist für Gebäudetechnik, und Hans Bänninger, Architekt, zu einem Vortrag ein, um das Thema MINERGIE darzustellen und am praktischen Beispiel zu veranschaulichen. Das AVES Vorstandsmitglied Christian von Burg stellte die Referenten und das Abendprogramm kurz vor.

Der AVES geht es um CO₂-arme und -freie Energiegewinnung, sowie um das sinnvolle Anwenden der additiven Energien, wie es Jörg H. Kramer, Präsident der AVES Winterthur, einleitend vor dem zahlreich erschienenen Publikum feststellte.

Danach waren die Referenten gefragt. Staunend nahmen wir die Definition der Idee «Minergie», die von den Energiedirektionen der Kantone Bern und Zürich kreiert wurde, wahr. Minimaler Energiebedarf, bei verbesserter Wärmedämmung einschliesslich Lüftung und Warmwasser sind standardisiert. Eine Wohnung ohne offene Fenster? Ob das nur gut geht! Eine Zusatzheizung, die bereits auf diverse Wärmequellen in der Wohnung, wie animalische Wärme der Bewohner und Bewohnerinnen, Abwärme von den diversen Elektrogeräten, Sonneneinstrahlung durch die grossflächigen Fenster abgestimmt ist? Der Blick auf die Luftetrtritts- und -austrittsöffnungen in den Wohnräumen und im

Steuerraum beim anschliessenden Besuch des Minergie-Hauses an der Rychenbergstrasse zeigte, dass es geht und gut geht. Kleine gepresste Holzpellets sind das Heizmaterial und werden in der Schweiz und Österreich erzeugt und vertrieben.

Um die 700 Gebäude in der Schweiz sind bereits als Minergie-Haus qualifiziert und weitere werden dazukommen.

Wir erhielten den Eindruck, dass hier eine Technik mit nachhaltigem Zukunftspotential im Entstehen ist und als «vernünftige Energie» kommuniziert werden kann. ■

Gut erkennbar: eine der Luftaustrittsöffnungen in der Wohnung eines Minergie-Hauses in Winterthur



Nach der Stromversorgungsmisere:

Kalifornische Verhältnisse auch in der Schweiz?

bf) Die Frage musste kommen nach den Stromversorgungsempässen im Sonnenland Kalifornien: Gehen nach der Strommarktliberalisierung auch in unserem Land die Lichter aus? Die Antwort aus berufenen Kreisen, aber auch aus logischen Überlegungen heisst klar Nein. Und zwar aus verschiedenen Gründen, die klar belegen, dass sich unser Land punkto Lage und Versorgungsstrukturen von Kalifornien klar unterscheidet.

Grund Nummer 1

Kalifornien liegt am westlichen Rand der Vereinigten Staaten. Seit einigen Jahren ist der Grosshandel für Strom in Kalifornien liberalisiert. Doch dass Liberalisierung nicht Kompensation von Abhängigkeit sein kann, zeigt das Beispiel des Bundesstaates Kalifornien. Weil die Stromproduktion arg vernachlässigt wurde, muss dieser Staat beinahe einen

Viertel seines Stromes aus Nachbarstaaten beziehen. Die Schweiz hingegen liegt mitten in Europa und weist vor allem im Sommer eher ein Überangebot an Strom aus, ist also (noch) nicht vom Ausland abhängig.

Grund Nummer 2

Die Amerikaner, also auch die Menschen im Sonnenland Kalifornien, sind sicher etwas legerer als wir Schweizer, wenn's um Stromverbrauch geht. Klimatisierung von Gebäuden und Räumen zum Beispiel hat hier einen grösseren Stellenwert als bei uns. Strom war hier vor der Liberalisierung eher günstig und den Neu- und Ausbau von Kraftwerken hat man auf die lange Bank geschoben. Hierzulande sind die Strompreise so angesetzt, dass vernünftige Reserven für die Modernisierung bei Produktion und Verteilung gebildet werden können. Das führt zum wichtigen

Grund Nummer 3

Die Verteilungskrise in Kalifornien ist also nicht in erster Linie eine Folge der Liberalisierung, sondern vielmehr das Resultat ungenügender Investitionen bei Produktion, Unterhalt und Netz. Die Abhängigkeit von den umliegenden Bundesstaaten wuchs, ja man konnte den bei den Nachbarn absolut vorhandenen Strom nicht einmal einführen. Knappheit führt bekanntlich zu höheren Preisen, die jedoch in Kalifornien nicht auf die Konsumenten überwältigt werden durften. Es wurde also gar nicht echt liberalisiert! Gerade hier liegt der grosse Unterschied! Bei

uns sind die Werke – ob Wasserkraft oder Kernenergie – in wirklich gutem Zustand. Dasselbe gilt in hohem Masse auch für Hochspannungs- und regionale Verteilnetze. Sicherheit und Zuverlässigkeit also dank immer wieder getätigten Investitionen der Betreiber.

Grund Nummer 4

In Kalifornien wurde als erstes lediglich der Grosshandel liberalisiert. Anders bei uns. Hier soll der Markt auf Produktions-, Handels- und Konsumentenstufe gleichzeitig liberalisiert werden und, was wesentlich ist, im Einklang mit den Nachbarn in Europa. Ob das Stromüberangebot, die seriösen Strukturen und die bevorstehende Liberalisierung allerdings auch zu spürbarer Preissenkung für alle Konsumenten führen wird, bleibt noch einige Zeit fraglich. Wichtige Voraussetzung ist und bleibt die ausreichende, eigenständige, also auslandunabhängige Stromversorgung. Und natürlich eine möglichst CO₂-freie Stromversorgung! ■

«Der Beitrag der Kernenergie zur Stabilisierung der CO₂-Emissionen wird oft unterschätzt. Die Kernenergie hat es möglich gemacht, dass jährlich Emissionen von 300 Millionen Tonnen Kohlenstoff vermieden werden und sie liefert 35 Prozent der gesamten in der EU produzierten Elektrizität.»

Loyola de Palacio, Vizepräsidentin der EU-Kommission

Die AVES bleibt kritisch:

Auf «Energie 2000» folgt «EnergieSchweiz»

EnergieSchweiz, das neue energiepolitische Programm, ist mit 51 Veranstaltungen in allen Landesteilen lanciert worden. Bundespräsident Leuenberger unterstrich in Bern die zentrale Rolle von EnergieSchweiz für die Einleitung einer nachhaltigen Energieversorgung.

Hinter dem Nachfolgeprogramm von Energie 2000 stehen der Bund, die Kantone, Gemeinden, die Wirtschaft und Umweltorganisationen. Im Gegensatz zu Energie 2000 kann sich EnergieSchweiz auf den klaren Gesetzesrahmen des CO₂-Gesetzes, des Energiegesetzes und – vorbehaltlich der Zustimmung des Volkes im Falle eines Referendums – des Elektrizitätsmarktgesetzes stützen.



EnergieSchweiz setzt sich zum Ziel, die zur Verfügung stehenden energieeffizienten Technologien und erneuerbaren Energien möglichst breit einzusetzen, auch zum Vorteil der Wirtschaft. Damit soll ebenfalls die Versor-

gungssicherheit der Schweiz erhöht werden. Dieses Anliegen hat angesichts der sich öffnenden Märkte und der nach wie vor hohen Erdölabhängigkeit der Schweiz einen hohen Stellenwert.

Wo bleibt die Kernenergie?

In den nächsten 10 Jahren sollen mehr als 500 Millionen Franken «Subventionen» für die Förderung erneuerbarer Energien (Erd- und Umgebungswärme, Sonne, Holz, Wind) ausgerichtet werden. Gegen realistische Förderung von Alternativ-Energien hat die AVES nach wie vor nichts einzuwenden. Doch man fragt sich auch bei ihr, mit welchem Nutzen und in welche Projekte die Gelder bei dieser Aktion alljährlich fliessen; es fehlt bis jetzt an minimalster Erfolgskontrolle. Und noch etwas: derselbe Energieminister Moritz Leuenberger, der sich – nach den klaren Erkenntnissen des Schweizer Volkes – zur Kernenergie bekannt hat, «vergisst» bei der gross angelegten Kampagne «Energie Schweiz» die immerhin CO₂-freie Kernenergie. Das ist nicht gerade ehrlich, passt aber zu dieser Kampagne, die zwar sympathisch daherkommt, aber schon beim eierkochenden Bundesrat Ogi nicht ganz ernst genommen werden konnte und auch heute vor allem bei den Subventions-Empfängern auf Verständnis stösst! ■

Neue Präsidenten:

Für AVES Pfannenstil H. E. Schenk für AVES Aargau Walter Forrer

Der abtretende Präsident, Dr. Arthur Ruh, Rüti, war über 20 Jahre dabei, also seit den Anfängen, seit den ersten Atomabstimmungen. Für seine Treue und vor allem für seine grosse und gute Arbeit danken wir dem stillen Kämpfer von ganzem Herzen. Solch verlässliche Männer (und Frauen!) sind im Interesse vernünftiger Energiepolitik gerade auch heute sehr, sehr gefragt!

Der neue Präsident der AVES Pfannenstil heisst Hans E. Schenk und kommt aus Wald. Der 56-jährige dipl. Elektro-Ingenieur

ist Teilhaber eines Unternehmens im Bereich Haustechnik.



Anstelle von Markus Dort, der für die AVES Schweiz ja auch als Revisor wirkt, konnte die AVES Aargau Walter Forrer aus Oberkulm gewinnen. Walter Forrer ist 45-jährig und Projektleiter im MVN, Migros-Verteilbetrieb Neuendorf AG. Walter Forrer war 12 Jahre Gemeinderat in Oberkulm. Seit 1992 ist er Mitglied des Grossen Rates des Kantons Aargau. Seine Lieblingsthemen sind Verkehr und Energie. Seine Motivation für das Engagement als AVES-Präsident: Aufzeigen der Möglichkeiten aller Energieformen; sinnvolle Förderung der sogenannten Alternativenergien

unter ausdrücklicher Berücksichtigung von deren Grenzen («Windrädli-Elektrizität» betreibt keine 5000-Tonnen-Strangpresse).



Vorstand/Comité

Präsident/Président

Dr. Rudolf Steiner, Nationalrat, 4654 Lostorf

Vizepräsident/Vice-président

Konrad Studerus, Kantonsrat, lic.iur., 6313 Edlibach

Mitglieder/Membres

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat, 5073 Gipf-Oberfrick

Rudolf Imhof, Nationalrat, 4242 Laufen

Jörg H. Krammer, Ingenieur, 8544 Rickenbach

Johann Rudolf Gunzenhauser, Ingenieur, 4450 Sissach

Eric Weber, Ing. ETS, 1400 Yverdon

Robert Desponds, Ingénieur, 1815 Clarens

Walter E. Böhlen, Grossrat, 5443 Niederrohrdorf

Redaktion/Rédaction

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz

Bahnhofplatz 9, Postfach 7674, 8023 Zürich

Telefon 01-212 40 90, Fax 01-212 65 69

www.aves.ch

Druck/Imprimerie

Victor Hotz AG, Steinhausen

Erscheint vierteljährlich

Redaktionsschluss für die Ausgabe vom

Juni 2001 ist der 25. Mai 2001

Atel – wer und was ist das eigentlich?

Atel (Aare-Tessin AG) ist ein privatwirtschaftlich geführtes, europaweit tätiges Energieunternehmen mit Sitz in Olten. Innovative Produkte und umfassende Dienstleistungen auf allen Gebieten des Stromhandels und der Stromversorgung, aber auch der Energie- und Umwelttechnik kennzeichnen das Unternehmen. Das Elektrizitätsunternehmen Atel weist einen Umsatz von 29 Milliarden Kilowattstunden auf. Umsatzstärkster Bereich ist der europäische Stromhandel. Langjährige Erfahrung gepaart mit

Kompetenz und technischem Wissen machen Atel zum Stromhandels-Spezialisten für ganz Kontinental-Europa. Zweites Standbein der Atel ist der Energie-Service-Markt. Mit einem Umsatz von rund 250 Mio. Franken gehört Atel zu den führenden Anbietern von Installationstechnik im Schweizer Markt. Spezialist im breiten Gebiet der Energie- und Umwelttechnik ist das Ingenieurunternehmen Colenco. Atel will ihre Position als grösste unabhängige Stromhändlerin in Kontinental-Europa, in Italien und

Deutschland, aber auch in Mittel- und Osteuropa ausbauen und insbesondere die Zusammenarbeit mit Stadtwerken intensivieren. Atel akzeptiert die neuen Herausforderungen der vollständig oder teilweise liberalisierten Energiemärkte. Im Strommarkt hat sich Atel bereits als dynamische Energiespezialistin positioniert.

Atel Aare-Tessin AG
Bahnhofquai 12, 4601 Olten
Telefon 062-286 71 11
Fax 062-286 73 73
www.atel.ch

AVES-Regionalgruppen

AVES Aargau
Postfach 11, 5430 Wettingen

AVES Bern
Postfach 103, 3000 Bern 6

AVES Region Basel
Postfach 251, 4450 Sissach

AVES Glarus
Postfach 124, 8867 Niederurmen

AVES Graubünden, Dr. Theo Portmann
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur

AVES Luzern, M. Caliaro
Habermattweg 24, 6010 Kriens

AVES Nidwalden
Postfach 1004, 6371 Stans

AVES Schaffhausen, H. R. Steinegger
Villenstrasse 8, 8200 Schaffhausen

ASE Solothurn
Postfach 130, 4504 Solothurn

AVES Münsterlingen TG
Postfach 146, 8596 Münsterlingen

ASPER Ticino
Casella postale 24, 6948 Porza

AVES Uri, M. Z'graggen
Hellgasse 63, 6460 Altdorf

AVES Oberwallis
Postfach 281, 3930 Visp

AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug

AVES Pfannenstil ZH
Postfach, 8713 Uerikon

AVES Winterthur
Postfach 1243, 8401 Winterthur

Forum Energie Bienne-Région FBR
Case postale 577, 2501 Bienne

ADE Genève, Ph. Wible
8, rue du Temple, 1236 Cartigny

APPER Est-Vaudois, Dr. Eric Rochat
1806 St-Légier

ARBRE Moudon
Case postale 3, 1510 Moudon

AVES Persönlich

Nichts ist umweltfreundlicher als Atomkraftwerke

Erst in ein paar Jahren werden wir die negativen Auswirkungen unserer verfehlten Ökopolitik, wie jetzt in Deutschland, erleben. Kernkraftausstieg ist bei den Pull-overpolitikern nicht ein technisches Problem, sondern in den letzten 25 Jahren längst zu einer Religion geworden. Wenn Frauen über den Kühlturm von «Grössenwahn männlicher Forschung ... riesiger Phallus mit Dauerejakulat ... männlicher Wahnsinn (Julia Onken, Feuerzeichenfrau)» schreiben, sind natürlich auch die männerkritischen – um es schön auszudrücken – Frauenrechtlerinnen sofort zur Stelle, um die Stilllegung solch frauenverachtender Einrichtungen zu fordern. Wir alle brauchen Strom. Unsere Wirtschaft noch viel mehr. Private und andere Kleinbezüger können ihren Bedarf an Elektrizität vielleicht mit Sonnenenergie erzeugen. Obwohl die Herstellung von Solarzellen einen Einsatz von gefährlichen Chemikalien bedingt. Alte Solarzellen können nicht entsorgt werden. Nicht zu vergessen die immense Menge an Strom,

welche zur Herstellung von Solarzellen benötigt wird. Die Industrie braucht Strom in grossem Mass. Es soll mir jemand sagen, woher wir in Zukunft unseren Strom beziehen wollen. Sicher nicht aus dem vom Bundesrat geförderten Ausbau der Wasserkraft. Dieselben Ökoträume, welche die Kernkraft verdammen, wissen auch das zu verhindern. Es gibt dannzumal nur noch eine Möglichkeit. Wir beziehen den Strom aus den unsicheren KKW aus dem Ostblock. Es gibt nichts Umweltfreundlicheres als Kernkraftwerke. (Jetzt hebt es einigen den Hut.) KKW in der Schweiz und in Deutschland haben den grössten Sicherheitsstandard, produzieren kein CO₂, lassen keinen Staub in die Luft und haben genügend krisensicheren Brennstoff. Zudem besitzen Gösgen und Leibstadt mit ihren Kühltürmen riesige Luftwaschanlagen, wo unter anderem die Säure in der Luft ausgewaschen wird. Es soll mir jetzt niemand mit dem «Abfallproblem» kommen. Dies ist technisch längst gelöst. Durch Angstmacherei jedoch politisch hochstilisiert. Klar sind radioakti-

ve Strahlen nicht ungefährlich. Sie haben aber einen grossen Vorteil. Radioaktivität lässt sich jederzeit ohne grossen Aufwand nachweisen. Radioaktivität kann abgeschirmt werden. Radioaktiver Abfall ist in einer sicheren Verpackung verfestigt und gegen Austreten geschützt. Und dann noch etwas: Giftige Chemikalien (wie zum Beispiel Solarzellen) bleiben auf immer und ewig gleich giftig, während die Radioaktivität irgendwann verschwinden wird. Seit Jahren ist mir bewusst, dass wahrscheinlich nur in den seltensten Fällen Gegner und Politiker etwas von Radioaktivität und Kernspaltung verstehen. Trotzdem wird jedoch darüber bestimmt und referiert, als ob dies das Einfachste der Welt wäre. Das rot-grüne Paradoxon ist, die Umwelt mit neuen Staumauern, umweltbelastenden Solaranlagen, neuen Öl- und Kohlekraftwerken zu belasten, den Strom aus unsicheren Anlagen im Osten zu beziehen und gleichzeitig unsere sauberen KKW abzustellen. Genau darauf läuft der KKW-Ausstieg hinaus. Rolf Zysset, Balsthal